

truppen könnten aus einem noch nicht durch Friedensvertrag gesicherten Deutschland nicht abgezogen werden. Die Sowjets, so argumentierte man, ständen dann Gefahr bei Fuß in Polen, die Amerikaner aber jenseits des großen Atlantik.

Solange nun noch amerikanische Truppen in Bayern stünden, gab Molotow pfiffig zurück, könne die Sowjet-Armee Österreich nicht verlassen. (Neunzig Tage nach Inkrafttreten des Staatsvertrages sollen alle Besatzungstruppen aus Österreich abgerückt sein.)

Die Sowjet-Armee müßte dann vertragsgemäß auch Ungarn und Rumänien räumen, während die Amerikaner mit einem Brückenschlag über den Inn jederzeit wieder nach Österreich hinein könnten. Die amerikanischen Truppen müßten als — nach Molotow — erst einmal aus Deutschland heraus, bevor die Sowjets Österreich räumen könnten.

Anthony Eden sprach als erster Delegationsführer im Sitzungszimmer von der Notwendigkeit, das Scheitern der Konferenz im Punkt Deutschland definitiv festzustellen. Daß er angesichts der bitteren Folgen für die deutsche Einheit solche Gedanken mit merklicher Ruhe aussprechen konnte, lag auch an der Nibelungen-Treue der Bundesregierung, deren Konferenz-Kommentare den Sprechern der Westalliierten liniengerade folgten. Dabei war die einstimmige Forderung des Deutschen Bundestages nach Handlungsfreiheit für die frei gewählte gesamtdeutsche Regierung auch im Eden-Plan nicht gewährleistet worden.

Die Westmächte hatten während des Konferenzverlaufs sorgfältig die Reaktion der deutschen öffentlichen Meinung auf ihre planmäßige Absatzbewegung aus der Deutschland-Frage beobachtet. Die Amerikaner veranstalteten beim westdeutschen Publikum ständig geheime Meinungstests über die Vorrangstellung: „Wiedervereinigung oder Wiederbewaffnung“.

Die parallel veranstaltete Pressebeobachtung ergab: Die Mehrzahl der westdeutschen Blätter verlangte nicht, daß der Westen den Sowjets ein echtes Kompromißangebot unterbreiten solle.

Dabei konnte der Westen mit Grund darauf verweisen, daß Molotow die bis dahin offerierten Kleinkompromisse des Westens noch nicht ein einziges Mal honoriert habe. Sie bezogen sich auf:

- Zeitpunkt,
- Ort,
- Tagungslokal der Konferenz,
- Reihenfolge der Tagesordnung,
- Entscheidungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung für oder gegen EVG,
- Kontrolle der freien Wahlen durch Bonn, Pankow und Neutrale, nicht durch die Besatzungsmächte,
- Wahlgesetz nach dem Muster Weimars und
- Verlängerung des britisch-sowjetischen Paktes.

Molotow erwähnte die Fühler überhaupt nicht in seinen Reden, deren beleidigend wirkende Monotonie den Westalliierten am Ende der dritten Woche fast schon körperliche Übelkeit bereitete. Die gespannte Erwartung der ersten Tage im Bannkreis der Konferenz war schon vorher einer abgespannten Routine gewichen. Wie bei einem schlechten Theaterstück.

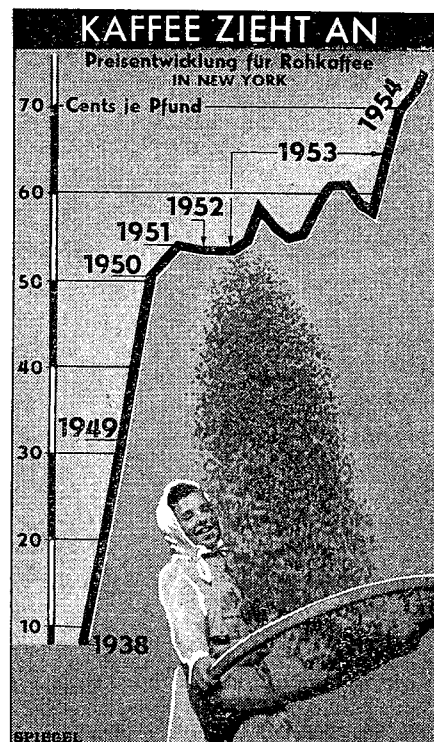
KAFFEE-PREIS

Abwarten und Tee trinken

Auf dem Marktplatz von Curitiba standen die Autobusse bereit, um die Kaffee-Experten aus dreißig Nationen in die vom Frost verheerten Kaffee-Plantagen der Umgebung zu fahren. Mit Absicht hatte der Präsident des Brasilianischen Kaffeeamtes, Pacheco e Chaves, den diesjährigen Welt-Kaffee-Kongress in die weißgetünchte Hauptstadt des südlichen Grenzbezirkes Parana gelegt, dessen Mißernte den Kaffeetrinkern in aller Welt seit Wochen als Erklärung für die Preishausschüsse am Kaffeemarkt serviert wird.

Kaffeepräsident Chaves und seine Mitarbeiter aus Rio versuchten auf dem Weltkongress im vergangenen Monat die internationalen Kaffee-Delegierten davon zu überzeugen, daß alle Vorwürfe erlogen seien, nach denen Brasilien die Kaffeepreise künstlich hochtreibe. Genau 483 191 208 Kaffeebäume habe der Frost im Bezirk Parana getroffen, und auch der gefährliche Kaffeekäfer „Broca“ habe Brasilien Pflanzungen entsetzlich heimgesucht.

In New York verteidigte sich Senhor Horacio Leite, der Vertreter des Brasilianischen Kaffeeamtes in den USA, mit der gleichen Heftigkeit. Er warnte die Haus-



frauen Amerikas: „Preissenkungen sind vor dem nächsten Jahr überhaupt nicht zu erwarten.“

Unter diesem Schlachtruf spekuliert der brasilianische Kaffee-Export weiterhin auf eine Hausse. Schon im vergangenen Herbst zeigte sich, daß Regierung, Pflanzler und Bankiers des südamerikanischen Kaffeestaates sich einig waren. Die Pflanzler hielten mit ihren Verkäufen zurück. Die Regierung erhöhte die Bevorschussung des auf den Plantagen liegenden Kaffees von 1200 auf 1500 Cruzeiros. Kaffee-Kommissionäre und Privatbankiers versicherten ihre Bereitschaft zu Kreditthergaben und Finanzierungshilfen, damit niemand aus Geldmangel zu vorzeitigen Verkäufen gezwungen würde.

Durch staatliche Kaffeeaufkäufe und vorsichtige Angebotslenkung, durch das Gesetz des Kaffeeamtes „Für jeden angepflanzten Baum muß ein alter vernichtet werden“ und nicht zuletzt durch den nach Ende des zweiten Weltkrieges rapid anwachsenden internationalen Konsum hat der Kaffee einen Nachkriegs-Boom erlebt, der selbst die Preissteigerungen für den Atomrohstoff Uran überflügelte: Der Vorkriegspreis von 135 Cruzeiros pro Sack ist um mehr als tausend Prozent gestiegen.

Der Kaffeeamtsleiter Pacheco e Chaves hat nun auf dem Höhepunkt der Diskussion um die heutige Kaffeekrise amerikanische Senatoren, Hausfrauen-Führerinnen und Gewerkschaftler aufgefordert, auf Kosten seiner Regierung nach Brasilien zu kommen und die Läger und Pflanzungen zu inspizieren: Es sei wirklich nur der Frost für die Verteuerung verantwortlich.

Brasilien Kaffeeamt behauptet, der Verlust im Parana-Gebiet betrage für das gegenwärtige Kaffeewirtschaftsjahr zwei Millionen Sack, so daß statt rund 15 Millionen Sack aus Brasilien nur 13 Millionen Sack für die Ausfuhr verfügbar seien.

Insgesamt registriert die internationale Statistik den heutigen jährlichen

- Weltverbrauch auf 33,5 Millionen Sack und die im vergangenen Jahr eingebrachte
- Welternte auf 32 Millionen Sack.

Mit eineinhalb Millionen Sack Kaffee-



Franco Tireur, Paris

kirschen bleibt die letzte Ernte also in der Tat hinter der gestiegenen Nachfrage zurück. Zweifelhaft aber ist es, ob diese Fehlmenge es rechtfertigt, daß beispielsweise an der New-Yorker Kaffeebörse die Notiz für Santos innerhalb weniger Monate von 56 auf 74 Cents je Pfund geklettert ist (s. Graphik).

Neben den Pflanzern Süd- und Mittelamerikas sind es vor allem die Börsenjobber in den USA, die die Kaffeehausse schürten. Die Börse für Kaffee und Zucker an Manhattans Peals Street 113 ist die zweite Station auf dem Verteuerungswege zum Verbraucher.

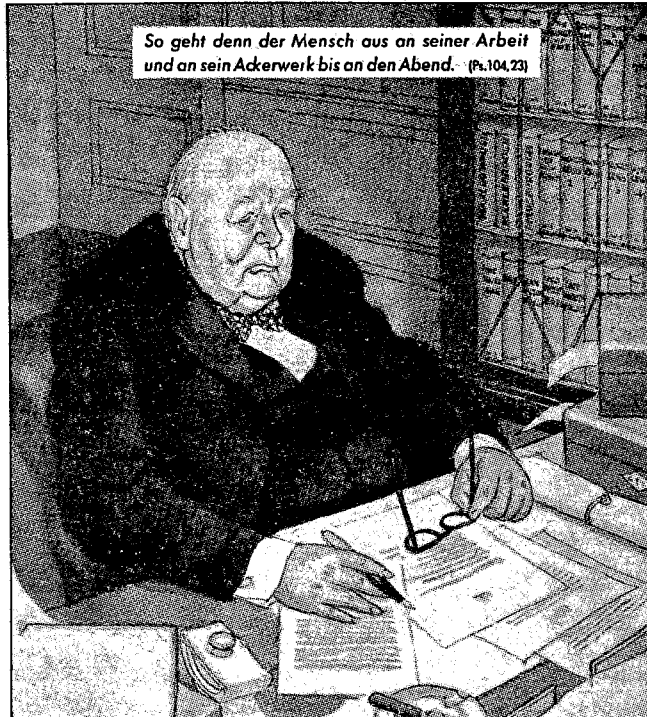
Hier haben besonders die Termingeschäfte in Kaffee sprunghaft zugenommen. Diese Terminumsätze sind an sich nichts Verwerfliches. Das System dient normalerweise dazu, Kaffee-Importeuren und Großhändlern für einige Monate eine sichere Kalkulation zu garantieren.

Lagert beispielsweise ein Importeur im Februar fünftausend Sack zu 60 Cents je Pfund ein, um sie im Mai an den Rösthändler zu verkaufen, so kann er sich gegen das Risiko sichern, diesen Rohkaffee zu teuer bezahlt zu haben, wenn der Preis im Mai etwa auf 50 Cents gesunken sein sollte. Zu diesem Zweck kauft der Importeur nicht fünf- sondern zehntausend Sack ein, wovon er sofort fünftausend im Termingeschäft per Monat Mai zu gleichfalls 60 Cents wieder verkauft. Ist dann im Mai der Preis tatsächlich auf 50 Cents gesunken, so hat er zwar die behaltene fünftausend Sack um zehn Cents je Pfund zu teuer eingekauft, andererseits aber an der verkauften Menge zehn Cents verdient.

Die Börsenumsätze in New York beweisen nun, daß die Terminhändler, die sich zum Aufkauf zu künftigen Terminen verpflichteten, in der letzten Zeit besonders stark ins Kaffee-geschäft eingestiegen sind. Immer in der Hoffnung, die von ihnen akzeptierte Menge Kaffee werde in zwei, drei Monaten noch mehr im Wert gestiegen sein und einen mühelosen Profit abwerfen.

Die Spekulanten handelten auf diese Weise im vergangenen Jahr über eine Milliarde Pfund Kaffee gegen nur 637 Millionen Pfund im Jahre 1952. Der preisstärkende Hauptstoß in diesem Termingeschäft setzte im vergangenen Dezember ein. Und wie sehr die Termispekulation an der Preishausse beteiligt ist, beweist eindeutig der New-Yorker Kurssturz Mitte Januar. Vom 4. bis 19. Januar purzelte der Kaffeepreis in der Pearl Street von 74,75 Cents je Pfund auf 69,50 Cents.

Denn inzwischen hatte Präsident Eisenhower offiziell erklärt, er sei an dem



EINE ABSCHETULICHE KARIKATUR

nannte der „Manchester Guardian“ die in „Punch“ veröffentlichte Zeichnung des britischen Premiers. Sie zeigt einen senilen Churchill. Der größte Teil der konservativen Presse war empört. Das Witz-Blatt „Punch“ ist ein Stück Hausrat im altväterlichen Gebäud britischer Politik. Die Zeitschrift ist über 110 Jahre alt. Ihre Karikatur Churchills könnte eine ähnlich abschließende Bedeutung erlangen wie eine andere berühmte „Punch“-Zeichnung, wie die Bismarck-Karikatur nämlich aus dem Jahre 1890 mit der Unterschrift „Der Lotse geht von Bord“. Malcolm Muggeridge, der neunte Chefredakteur von „Punch“, hat mit der boshaften Veröffentlichung das ausgesprochen, was — nach einer kürzlich angestellten Gallup-Untersuchung — 54 Prozent aller Engländer und 37 Prozent aller Konservativen Englands denken, daß nämlich Churchill für die Stellung des Premiers zu alt geworden sei. Kurze Zeit vor Erscheinen der respektlosen Karikatur urteilte eine namhafte Persönlichkeit des britischen öffentlichen Lebens über „Punch“: Das Blatt arbeite unter Muggeridge „nach dem wohl bekannten, aber selten befolgten Grundsatz des guten Journalismus, nämlich zeitnahe, lebendig, einfallreich, kritisch und wohlunterrichtet zu sein. Der politische Kommentar“, hieß es in dem von einer Londoner Zeitung veröffentlichten Urteil weiter, „ist manchmal grausam, sogar ungerecht, aber immer reif und lebendig“. Das Urteil stammte von Randolph Churchill, dem Sohn des Premiers.

Kaffeeproblem brennend interessiert und habe eine Untersuchung über die Hintergründe und Nutznießer der Kaffeehausse durch die Federal Trade Commission (Bundes-Handelskommission) angeordnet.

Auch der amerikanische Senat forderte die New-Yorker Kaffeemakler unter Strafandrohung auf, die Namen ihrer Kunden anzugeben, die an dem preistreiberischen Kaffeehandel beteiligt sind. Der Senator Guy Mark Gillette brachte sogar in Washington einen Gesetzentwurf ein, nach

dem die Kaffeebörse in New York unter Kontrolle des Staates gestellt werden soll.

General Eisenhower („Ich bin seit meinem Eintritt in die Armee einer der größten Kaffeetrinker Amerikas“) und die Republikanische Partei haben die Kaffeefrage einer ernsten parteipolitischen Prüfung unterworfen. Sie befürchten, daß die Kaffee-Verteuerung bei den Kongreßwahlen im November dieses Jahres sie einen erheblichen Anteil der Hausfrauenstimmen kosten könne. Allein 93 000 Angehörige der Föderation amerikanischer Damenklubs haben Washington bereits mit Protestbriefen bombardiert.

Mit Einführung der regelmäßigen zwei Kaffeepausen in amerikanischen Betrieben und Büros ist der Kaffeekonsum in den USA seit 1940 um 30 Prozent gestiegen. Die Verteuerung der Tasse Kaffee in den Drugstores von bisher zehn auf fünfzehn Cents ist daher ein nationales Problem geworden, das mittlerweile auch durch einen Sonderausschuß des Kongresses, also von beiden Häusern des Parlaments, untersucht wird.

Die Ausläufer der südamerikanischen Preiswelle haben im Januar auch die westdeutsche Bundesrepublik erreicht. Der Importpreis für brasilianischen Santos erhöhte sich gegenüber 69 Dollar je Sack Anfang Dezember auf 103 Dollar.

Unglücklicherweise muß der Hauptanteil des westdeutschen Kaffeimports zwangsläufig aus Brasilien hereingenommen werden, weil die Bank deutscher Länder daran interessiert ist, den hohen und lästigen brasilianischen Schuldensaldo gegenüber Deutschland abzubauen. (Die anderen Kaffeeländer machen die Preishausse zwar mit, bieten aber doch etwas günstigere Preise.)

Die Verteuerung droht die ganze Kaffeekalkulation, die Finanzminister Fritz Schäffer bei der Kaffeesteuersenkung im August aufmachte, ins Wanken zu bringen. Nach seiner Steuermäßigung stieg tatsächlich die Einfuhr an Rohkaffee auf monatlich 8520 Tonnen. Dieser Mehrkonsum sicherte Schäffer auch die erhofften Mehrsteuern.

Heute machen nun erste Preiserhöhungen für Kaffee von rund einer Mark je Pfund einen Teil der Schäfferschen Großzügigkeit wieder zunichte. Durch Mischkalkulationen aus billigen alten und teuren neuen Beständen will der westdeutsche Kaffeehandel die niedrigen Preise so lange wie möglich halten.

Da zwei Drittel der Weiterzeugung an Kaffee in den USA verbraucht werden, ist das Verhalten der amerikanischen Bevölkerung auch für die Preisentwicklung in der Bundesrepublik und in Europa entscheidend. Die einzige wirksame Waffe

Casino TRAVEMÜNDE

ROULETTE • BACCARA — GANZJÄHRIG

Großrestaurants • Clubrestaurant • American Bar • Kurhaus-Hotel
Hansa-Hotel • bestens geeignete Häuser für Tagungen und
Konferenzen • Prospekte durch Casino-Werbeabteilung

gegen den übermäßigen Preisauftrieb — eine freiwillige Verringerung der Nachfrage — wird mittlerweile in Nordamerika auch bereits in unterschiedlichsten Formen eingesetzt.

Der republikanische Senator Lawrence H. Smith proklamierte für den Staat Wisconsin einen „kaffeefreien Mittwoch“. Smith erklärte: „Wir wünschen keine Rückkehr zu einer Preiskontrolle durch die Regierung. Aber wenn die Leute freiwillig einen Tag in der Woche auf das Kaffeetrinken verzichten, dann sollen Sie mal sehen, wie Angebot und Nachfrage wieder einen vernünftigen Preis zustande bringen.“

Die meisten Restaurateure in den USA bitten deshalb auch ihre Gäste durch Schilder an den Eingängen, möglichst Tee, Coca Cola oder Milch an Stelle von Kaffee zu bestellen. Zwei Hotels in Philadelphia begannen mit dem umsichgreifenden Brauch, den Gästen ein Fünf-Cent-Stück zurückzugeben, wenn sie zum Essen keinen Kaffee bestellen. Der Teumsatz in den USA ist inzwischen um 25 Prozent gestiegen.

Der 47jährige Eisenbahn-Inspektor Hall Wilson hat sich in Detroit an die Spitze eines privaten Käuferstreiks gesetzt. Seit einer Woche rufen er und seine Mitarbeiter am Telefon täglich hundert bis zweihundert ihrer Mitbürger an, um ihnen das feierliche Versprechen abzunehmen, während der gegenwärtigen Kaffeehausse nur Tee und Milch zu trinken.

AUSLAND

USA

Amerika, erwache

Ein Bollwerk, forderte der Senator aus Ohio, John Bricker, in dem von Unruhe erfüllten Sitzungssaal des Washingtoner Capitols, und sein sonst so zufriedenes Sanguiniker-Gesicht legte sich in zornige Falten, „ein Bollwerk zum Schutz der Rechte des amerikanischen Volkes.“

Das Bollwerk soll die Amerikaner vor der Macht ihres eigenen Präsidenten beschützen. Und Bricker wurde für sein Ansinnen nicht etwa geteert, gefedert und aus dem Land gejagt; vielmehr stimmte mehr als die Hälfte der 96 Senatoren ihm im Prinzip zu.

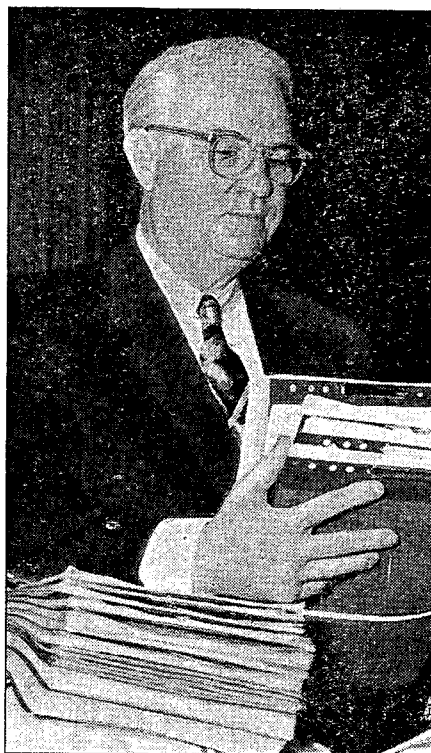
Die Welt aber wird wieder mit dem allmählich vertrauten, doch immer wieder bestürzenden Schauspiel traktiert, das Amerika in seiner inneren Zerrissenheit zeigt: Kongreß gegen Präsidentschaft, Grundsatz gegen Tunlichkeit, Weisheit gegen Narretei. Das gegenwärtige politische Durcheinander („das unsere Umwelt nicht begreifen wird“, wie die „New York Times“ klagte) wurde durch einen Aufstand der nationalistischen „America-First“-Isolationisten der republikanischen Alten Garde ausgelöst.

Bricker und seine Freunde aus dem Mittelwesten wollen die ehrwürdige 166-jährige Verfassung der Vereinigten Staaten ändern. Ihr Antrag läuft darauf hinaus, die Vollmachten des Präsidenten in der Führung der Außenpolitik drastisch einzu-

schränken und sie dem Kongreß zu übertragen:

- Keinen Vertrag, kein Konferenz-Abkommen sollen der Präsident und seine Minister mehr ohne die Zustimmung des Kongresses schließen können.
- Keine schnellen, im Atombomben-Zeitalter lebenswichtigen Entscheidungen wie in Korea und bei der Berliner Blockade soll der Präsident mehr fällen dürfen, ohne sich vorher mit 96 Senatoren und 435 Repräsentanten geeinigt zu haben.

Eine parlamentarische Außenpolitik hätte auch dann katastrophale Auswirkungen, wenn sie von einer Volksvertretung betrieben würde, die weiser ist als der ameri-



Bollwerk gegen den Präsidenten
Alle Macht dem Parlament: **Senator Bricker**

kanische Kongreß. In den USA aber kommt der Antrag Brickers — wie Kommentator Lippmann es ausdrückte — „einer selbst-auferlegten Impotenz“ gleich.

Isolationist John Bricker ist kein Hexenjäger und Dreckschleuderer der McCarthy-Schule, aber einer von den einflußreichen Republikanern, die — nach den Worten Adlai Stevensons — „auf dem Hosenboden, schreiend und strampelnd ins 20. Jahrhundert geschleift werden müssen“. Er ist einer der Senatoren, „die sich voll Verzweiflung gegen die Tatsache sträuben, daß es um Amerika herum so etwas wie eine Welt gibt“, wie der Philosoph John Dewey definierte.

Aber er ist auch ein Mann, in dem sich (wie in vielen Amerikanern) Mißtrauen gegen die Politik der amerikanischen Bundesregierung — gleichgültig, wer darin sitzt — festgefressen hat und sie deshalb

an die Kette der Volksvertretung legen will. „Wir wollen keine Geheimdiplomatie mehr“, erklärt er. Der Kongreß steckt voller Brickers, und Eisenhower, der den Antrag energisch bekämpft, sieht sich einer Meuterei seiner eigenen Partei gegenüber.

Hier ist der Hintergrund der (nach dem Urteil des amerikanischen Anwälte-Verbandes) schwersten Verfassungskrise, der sich das Land je gegenüber sah:

Die Väter der amerikanischen Verfassung haben „zur Förderung der Freiheit“ die Gewalten im Staat unter Volksvertretung, Regierung und Rechtsprechung geteilt und sorgfältig gegeneinander ausgewogen und damit ein Vorbild für alle Demokratien geschaffen. Auch stimmten sie den außenpolitischen Zentralismus der Vereinigten Staaten, soweit es möglich war, auf die föderale Struktur des Landes ab. Aber in Zeiten der Gefahr kommt die Machtbalance ins Wanken.

Der Präsident neigt dann dazu, kühn und selbstherrlich zu handeln. Solange er den Dampfer noch flott einhersteuert, bleibt alles ruhig an Bord. Wenn er aber in ein Minenfeld navigiert, erwacht in den privilegierten Erster-Klasse-Passagieren des Senats das Mißtrauen und die Überzeugung, den Kahn weit besser lenken zu können als der Präsident.

Jalta, Potsdam, China und Korea waren solche Minenfelder, die den Senat — als es zu krachen begann — permanent in Aufruhr versetzten. Zudem glaubten viele Senatoren, daß die Regierung den Staat durch den Beitritt zur Uno ins Schlepp von Kräften gebracht habe, die von den Amerikanern nicht kontrolliert werden könnten. John Bricker nun behauptet, die Ursache dieser Defekte in einer „gefährlichen Lücke unserer Verfassung“ entdeckt zu haben.

Das Loch sah Bricker in den Verfassungsartikeln II und VI. In Artikel II heißt es: „Er (der Präsident) hat die Vollmacht, mit dem Rat und der Zustimmung des Senats (internationale) Verträge abzuschließen, vorausgesetzt, daß zwei Drittel der anwesenden Senatoren zustimmen...“

Hier ist die Mitwirkung des Senats in der Vertragspolitik — einem wesentlichen Teil der Außenpolitik — eindeutig festgelegt. Bricker und seine Mitstreiter vom rechten Flügel der Republikaner vermissen jedoch die Erwähnung der sogenannten „Exekutivabkommen“.

Das sind eigentlich reine Geschäftsabmachungen, die der Präsident oder sein Außenminister im Rahmen eines vom Senat ratifizierten Vertrages mit dem ausländischen Partner selbständig abschließen kann, und die sich — ähnlich wie die Ausführungsbestimmungen eines Gesetzes — mit Detailfragen befassen. Allein mit den Nato-Nationen trifft die US-Regierung täglich an hundert solcher „Exekutivabkommen“ — etwa über die Normung von Militär-Schnürsenkeln und den Bau von Kantinen.

Manche „Exekutivabkommen“ aber drehen sich um mehr als Bekleidungsfragen. Auch die Übereinkünfte von Jalta gehören in diese Kategorie, und wenn John Foster Dulles in Berlin jetzt die Wiedervereinigung Deutschlands und die Anerkennung Rotchinas aushandeln sollte, schloße er ein Exekutivabkommen, in das der Senat ihm nicht hineinfuschen kann. Der möchte das aber, und Bricker schrieb als Kernsatz in

15 Minuten von Frankfurt am Main

ROULETTE · BACCARAT

SPIELBANK BAD HOMBURG

„Muller von Monte Carlo“